

# **Der Mittelstandsverbund ZGV**

## **„Fatale Folgen für den gesamten deutschen Mittelstand“**

Freitag, 27.03.2020

*Der Mittelstandsverbund ZGV kritisiert, dass der Entwurf eines Gesetzes zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie im Zivil-, Insolvenz- und Strafverfahrensrecht vom 24.03.2020 (BT-Drucksache 19/18110) den Mittelstand komplett ausschließt und Ende letzter Woche zum Nachteil des Mittelstandes geändert wurde.* So wurde der Geltungsbereich des Leistungsverweigerungsrechts gegenüber dem ursprünglich Vorschlag auf „Kleinstbetriebe“ und „Verbraucher“ sowie Forderungen aus Dauerschuldverhältnissen eingeschränkt.

„Diese Einschränkung schließt den Mittelstand komplett aus, ohne dass eine praktikable und vor allem schnelle Lösung für die Bereitstellung der liquiden Mittel auch nur ersatzweise beschrieben ist. Die Durchleitung der von der Bundesregierung bereitgestellten Mittel über die bisher vorhandenen Kanäle wird zu lange dauern.“, ist Eckhard Schwarzer, Präsident des Mittelstandsverbundes, alarmiert. „Ich nenne das unverantwortlich! Es ist inzwischen allen Sachverständigen und den an der Organisation der Hilfspakete beteiligten staatlichen Stellen und Verbänden klar, dass die Verteilung der dringend benötigten liquiden Mittel über die staatlichen Förderbanken und die Geschäftsbanken in der bisherigen Systematik länger dauern wird, als nur ein paar Wochen. Und genau da liegt das Problem: Die allermeisten mittelständischen Betriebe, die auf Grund der staatlich verordneten Geschäftsschließungen nicht mehr in der Lage sind, Umsätze und damit frische Liquidität zu erwirtschaften, brauchen das Geld nicht in 6 oder 10 Wochen sondern jetzt. Sofort!“, appelliert Schwarzer.

Er hatte jüngst gemeinsam mit dem Mittelstandsverbund unter Leitung von Günter Althaus, ehemaliger Präsident des Verbandes, die „Taskforce Liquidität für den Mittelstand“ ins Leben gerufen – [MÖBELMARKT berichtete](#) – und gegenüber der Politik die Verbundgruppen als Multiplikatoren ins Spiel gebracht. Diese könnten mit ihren bewährten Geschäftsverbindungen zu den Mitgliedern eine ideale Infrastruktur bieten, um 230.000 Unternehmen kurzfristig mit der Liquidität zu versorgen, die dort gebraucht wird.

Da unser formales System aktuell nicht auf eine solche Menge und die benötigte Geschwindigkeit vorbereitet sei, bleibe – sofern der Staat nicht umdenkt – gegenwärtig nur eine Möglichkeit: Der Staat müsse kraft Gesetzes die Zahlungsverpflichtungen für die Masse der Wirtschaftssubjekte einfrieren, um dann in einem geordneten Verfahren die Bereitstellung der benötigten Hilfen umsetzen zu können. „Außer, es gelingt schnell und unmittelbar, die bürokratische Verteillogistik der Liquidität durch ein effizientes neues Verfahren zu ersetzen. Wir müssen für den hart betroffenen Mittelstand Zeit gewinnen!“, so Schwarzer.

## **Zusammenbruch des Wirtschaftssystems droht**

Schwarzers dringender Appell an die Politik: „Kommt der Staat dieser Verantwortung nicht jetzt sofort nach, ist zu befürchten, dass wir eine „Zahlungs-Anarchie“ erleben werden, also ein chaotisches Verhalten mit Zahlungsausfällen und Zahlungsverweigerung - mit einem hohen Risiko für einen Zusammenbruch des Wirtschaftssystems. Es drängt die Zeit!“

„Die gestern vom Bundestag verabschiedete Fassung des Gesetzes ist vom Ansatz her zwar hervorragend, aber in den angesprochenen Punkten eindeutig nicht zu Ende gedacht und zu kurz gesprungen. Dies hat fatale Folgen für den gesamten deutschen Mittelstand!“, so Schwarzer weiter.

Er appelliert an die Politik mit Blick auf die heutige Bundesratssitzung: „Treten Sie bitte beherzt für den Mittelstand ein und schützen sie ihn und seine für unsere Wirtschaft unverzichtbaren zahlreichen Betriebe und Unternehmensverbände.“

Schwarzer fordert: „Orientiert Euch am Schweizer Modell!“ Die Schweiz hat eine direkte und einfache und zu 100% von Staat garantierte Haftungsübernahme eingerichtet – verbunden mit einer sofortigen Auszahlung durch die Hausbank des Mittelständlers vor Ort. In Deutschland könnten zudem die Verbundgruppen des kooperierenden Mittelstandes neben den Banken als zusätzliche Auszahlungsstelle zur Verfügung stehen und das System entlasten. Dies wäre für alle Beteiligten in der gesamten Produktions-, Zuliefer- und Handelskette die schnellste und vor allem die beste Lösung im Sinne unserer Volkswirtschaft.

Ein Festhalten an den komplizierten Auszahlungswegen über die KfW in Verbindung mit der Einschränkung der Haftungsübernahme auf 90 % dauere in der Abwicklung zu lange und führe ins Chaos.

## **„Fatale Folgen für den gesamten deutschen Mittelstand“**

### **Links**

- [Der Mittelstandsverbund ZGV](#)